

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 38

Halle (S.), Sonnabend, 28. November 1925

1. Jahrgang

Ludendorff gegen Hindenburg.

Hindenburgs Reichspräsidentenschaft „eine Gefahr für den nationalen Willen“! Vor der Unterzeichnung in London.

Vor der Entscheidung.

General Ludendorff, der im Augenblick der größten Not des Vaterlandes, an der er nicht unerheblichen Anteil hatte, als Herr

Hindström mit der blauen Brille

ins Ausland floh, und der hernach seine „nationale“ Gesinnung im Bürgerbräu-Keller in Beteiligung am Stiller-Putsch umsetzte, — ausgerechnet selbiger Herr Ludendorff hat sich für befugt gehalten, dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der im Augenblicke des Zusammenbruchs treu auf seinem Posten verblieb, und der sich stets den vaterländischen Notwendigkeiten untergeordnet hat, in dreifacher und beleidigender Weise — er habe Hindenburgs Ruhm erhöht! — ein Privatstimulium über vaterländische Pflichten zu halten. Sein Herz trampelte sich zusammen, wenn er sehe, wie der Generalfeldmarschall im Begriff sei, seinen Ruhm zu opfern; und er sei geopfert, wenn sein Name unter dem Dokument der Schande und Unehre stehe.

„Lieber die Stellung preisgeben,

als Ruhm und Ehre und die eigene große Vergangenheit! Das ist deutsche Art.“ Und der deutsche Held wagt, mit folgenden Sätzen zu schließen: „Sollte allerdings der Reichspräsident die Locarno-Politik für richtig ansehen, dann muß jeder deutsche Mann, der noch nicht schwarz-rot-gold verzeucht ist oder sich allein dem Gott „Mammon“ verschrieben hat, sein Haupt verhängen. Dann ist die Reichspräsidentenschaft des Generalfeldmarschalls eine Gefahr für den nationalen Willen geworden!“ Ludendorff ist gewiß schon lange nicht mehr erst zu nehmen, sondern seinem falschlüchtigen Bruder Muffoli in an Selbstverleugung und Größenwahn gleichstülpelnden, und so könnte man über dieses Nachwort aus Unfinn und Irrsinn zur Tagesordnung übergehen, wäre es nicht ein Beweis dafür, daß jetzt die altbekannte Hege sich sogar gegen den „Retter“ richten wird.

Die „Alideutschen“ versuchen es vorläufig noch mit Rathos; sie „beschwören ihren Generalfeldmarschall, der in hundert Schmerzlagen gehen mehr als die halbe Welt Sieg um Sieg gewonnen hat, auch in der Schlacht von Locarno der deutschen, schwer bedrohten Ehre den Sieg zu verbürgen durch sein Nein!“ Sie werden vergeblich beschwören, der große Soldat bringt im Gegenteil in seiner Rede aus der Londoner Presse Club zum Ausdruck, daß auch er den tiefen Wunsch hege, doch aus den Verhandlungen von Locarno ein

neuer Geist gegenseitiger Achtung

und des Selbstbewollens unter den Nationen entstehen möge.

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, wenn man aus jener an dieser Stelle geschichteten Gesinnung der vaterländischen Verbände nachträglich erfährt, daß Fraktion und Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei den Versuch gemacht hatten, die Führer der Wehrverbände für die — Annahme des Locarno-Paktes zu gewinnen!

Wieder ein Beweis dafür, daß die deutschnationale Opposition ursprünglich gar nicht vorhanden war, sondern erst später, aus Angst vor den Wählern, entstanden ist! Ebenso hat der sozialdemokratische Abgeordnete Weis am Dienstag im Reichstages erklärt, Dr. Edelring habe in einer Sitzung der konfessionellen Partei die Zahl der Gegner des Sicherheitspactes in der deutschnationalen Fraktion auf wenig mehr als ein halbes Dutzend geschätzt. Reichstagspräsident Löbe teilte bei Wiedereröffnung des Reichstages unter Heiterkeit mit, daß Herr Schiele, der bereits jene berühmte — oder besser: berichtigte! — entscheidende deutschnationale Fraktionsführung und den ganzen Reichstagsparteiart verläumt hat, ausgerechnet sich heraus erheben habe, so daß er sonderbarer Weise gerade zur Abstimmung über Locarno fehlen wird! Umso mehr gebührt die übrige deutschnationale Reichstagsfraktion in selbstbewusster Weise zu glänzen, indem sie — ebenso wie die Weislingen — ein gänzlich ungehöriges — Mißtrauensvotum gegen die Regierung einbringen wird. Die Kommunisten haben ein gleiches bereits getan, wollen auftrödeln aber bei der Abstimmung auf der Zweidrittel-Mehr-

Sonntag ist Wahltag



Gefüllt eure Wahlpflicht! Wählt demokratisch! Schafft eine starke demokratische Mitte!

heit bestehen. Wenn es den Deutschnationalen wirklich ernst um die Ablehnung wäre, müßten sie sich auch in dieser Richtung anstrengen. Meistens jedoch reicht bei ihnen der Mut nur zu demagogischem Blendwerk für die Wähler aus; bei wirklicher Gefahr bekommen sie Angst vor der eigenen Courage: siehe Dames-Gesetze!

Reichsminister Luther hat in ausgezeichnetem und sachlicher Weise im Reichstages sich zu Locarno geäußert; ebenso frei von unberechtigtem Pessimismus wie von gefährlichem Optimismus. Sehr wirkungsvoll war sein

Appell an das französische Volk,

„das stets von tiefem nationalen Gefühl befeuert war und befeuert ist“, in der jetzt beginnenden Entwicklung der selbstverständlichen deutschen Einstellung gegen die fortdauernde Bejegung deutschen Bodens Rechnung zu tragen. Deutlich wurde, wie zuvor von Chamberlain, hier auch von Luther zum Ausdruck gebracht, daß der Vertrag sich keineswegs gegen Ruhland wende.

Der Reichsminister hat in sehr loyaler Weise die Gesamtdimension des Kabinetts angefügt, für unmittelbar nach der Unterzeichnung in London, die anstehend, trotz des Ablebens der Königin-Mutter Alexandra, wie geplant, am 1. Dezember stattfinden wird.

Nachdem die Demokraten sich deutlich gegen die Koalition der Mitte ausgesprochen haben, ist, nach den Entschlieungen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, der Weg für die große Koalition anstehend frei geworden, wenn auch in diesen beiden Fraktionen noch manche Überstände zu überwinden sein dürften. Auch sind unsere Nebenken in bezug auf die Standhaftigkeit der Deutschen Volkspartei noch keineswegs geschwunden; zumal ihr Führer Scholz kürzlich sehr offen und bestimmt erklärt hat, daß seine Partei zwar sehr die auswärtige Politik mit der Linken machen wolle, für die innere Politik aber ein Zusammengehen mit der Linken ablehne und dafür weiter die Kooperation mit der Rechten für geboten ansehe!

Leider müssen diese Zeiten in Druck gehen, ohne daß wir die große Aussprache im Reichstages noch mit in unsere

Betrachtungen einbeziehen könnten. Vorausichtlich am Freitag wird

die Abstimmung

erfolgen. Es besteht nunmehr kein Zweifel an einer überwältigenden Mehrheit für Locarno. Möchte der deutsche Reichstag sich ein Vorbild an der

Debatte im englischen Unterhause,

nehmen, in der der Vertrag von Locarno mit 375 gegen 13 Stimmen angenommen wurde, und bei der man wieder einmal erleben konnte, was politische Kultur und parlamentarische Tradition bedeuten. J. M. D.

Nochmals Locarno.

Volkskämmerer Dr. Graf v. Bernstorff

Schreibt in einem Artikel der „Deutschen Einheit“: Mein früherer Fraktionskollege Schiffer hat sich in einer Sauburger Rede dahin geäußert, selbst sei ich von dem Völkerverbund gründlich desillusioniert, weil er hinsichtlich des Minderheitenrechtes versage. Gewiß habe ich in dieser Frage stets die Faltung des Völkerverbundes bekämpft, und werde ich es weiter tun, solange ich noch Atem zum Sprechen sowie eine Feder zum Schreiben habe. Indessen bin ich nach wie vor der Ansicht, daß dieser Kampf nicht aussichtslos ist, wenn wir ihn innerhalb des Völkerverbundes führen, sowie wenn wir ferner die futurale Autonomie der nationalen Minderheiten als unser eigenes Programm aufstellen und dieses in Deutschland durchführen. Wir haben alles zu gewinnen und nichts zu verlieren, wenn wir innerhalb des Völkerverbundes die Verwirklichung der Politik als die Parole Deutschlands ausgeben und demgemäß insbesondere für die Rechte der Minderheiten eintreten. So haben wir bisher immer in den Völkerverbünden gekämpft — zuletzt wieder in Lausanne — und so müssen wir später in Genf stehen.

Ich schloßerte in der „D. E.“ am 25. Juli, wie die Ligen eine Kodifikation des Minderheitenrechtes zu erreichen suchen, die natürlich nur von Bedeutung wäre, wenn sich dann alle Staaten diesem kodifizierten Rechte unterwürfen. Hier würde das Beispiel Deutschlands von eminenter Bedeutung sein. Diejenigen Staaten, die dem Minderheitenrecht durch Verträge unterworfen sind, fühlen sich dadurch als Staaten zweiter Klasse bezeichnet, während andererseits Italien alle Verpflichtungen ableugnet. Diese italienische Behauptung scheint mir allerdings juristisch anfechtbar zu sein, denn die Mantelnote zum Frieden von St. Germain enthält die Zusage, daß die deutsche Natur in Selbstwillig geknüpft werden würde, und wir haben doch bisher immer geknüpft, daß die Mantelnoten den Verträgen gleichwertig wären. Dem sei, wie ihm wolle, jedenfalls liegen fernehere Erklärungen der früheren italienischen Regierungen vor, die selbst für die deutsche schicksalige Diktatur heilig sein sollten. Das schloßte Gemessen des Herrn Mussolini in dieser Sache wurde dadurch bewiesen, daß er einen eigenen Vertreter zur Konferenz nach Lausanne schickte, während die Ligen sonst keine amtlichen Abgeordneten in ihrer Mitte zu sehen gewohnt sind. Diese offizielle Anerkennung unserer Tätigkeit in Ehren, aber lieber wäre es uns schon, wenn die beweglichen Klagen des Tiroler Vertreters, die uns alle tief erschütterten, zu einer Verringerung der italienischen Position führen würden. Die uns in dieser Beziehung gegebenen Versprechungen sind nicht wertlos, da eine Fortsetzung der Aussprache auf der nächsten Tagung der Ligen in Aussicht genommen ist, und Tiroler Lage so handgreiflich sind, daß sie nicht abgelehnt werden können. Es ist schon viel gewonnen, wenn die Minderheiten ein Forum haben, vor dem sie Klagen führen können. Ich leugne nicht, daß der Völkerverbund in dieser Hinsicht verlagert und die Erfüllung seiner Pflichten den Ligen überlassen hat. Wenn wir aber einmal in den Völkerverbund eingetreten sind und dort immer für die Gerechtigkeit kämpfen, wird auch ein unbefangenes Deutschland eine führende Rolle in der europäischen Politik spielen können, weil unsere zentrale Lage ebenso unsere Stärke ist, wie sie früher oft unsere Schwäche war. Europa ist von uns abhängig wie wir von Europa. Die Anerkennung dieser Tatsache nennt man heute den Geist von Locarno.

Wegen dieser wechselseitigen Abhängigkeit konnte Herr Chamberlain sagen, daß es in Locarno weder Sieger

nach Befehle gegeben habe, und deshalb ist es auch falsch, wenn unsere Deutschnationalen so tun, als seien wir allein die Lebenden oder als arbeiteten die Befürworter von Locarno für das Ausland. Heute gilt es, das bekannte Wort Büschers, daß die Diplomaten nicht verderben sollten, was das Schwert gutgemacht habe, dahin auszuweiten, daß die Wähler nicht vernichten sollen, was die Diplomaten leisten. Zum Unglück Deutschlands pflegt der Parteigeist bei uns immer die Hoffnung auf bessere Zeiten zu zerören, weshalb auch Bismarck in diesem Zusammenhange den alten Mothus von Baldr und Loki heranzog und den Parteigeist als Loki bezeichnete.

Am 31. Januar schrieb ich in der „D. C.“: „Die Hauptaufgabe unserer Regierung auf außerpolitischen Gebieten ist gegenwärtig, die Sicherheitsfrage zu lösen. Gerade hier stoßen wir auf das schwerste Bedenken, das wir gegen die Rechtsregierung haben. Können sich die Deutschnationalen nach ihrer ganzen agitatorischen Vergangenheit so weit untesellen, daß sie die Sicherheitsfrage zu lösen imstande sind? Wenn sie den Rhein befreien, soll ihnen Vieles verziehen werden.“ Unsere Bedenken haben sich leider als berechtigt erwiesen. Die Deutschnationalen legen mehr Gewicht auf die Beschränkung der Waffen, als auf das Urteil der von ihnen selbst gestellten Minister.

So ist die Entscheidung über den Vertrag von Locarno, die nur nach außerpolitischen Motiven gefällt werden mußte, zu einer innerpolitischen Frage geworden. Die künftige Lösung wäre die, daß Reichstanzler Luther sein Kabinett zu einem solchen der großen Koalition umbildete. Dieses Ministerium würde schon genug für die Aufmerksamkeit getan haben, wenn es den Vertrag von Locarno zur Ratifizierung und Durchführung brächte. Alles übrige wäre bei der Wichtigkeit dieser Frage „in cura posterior“.

Wenn Lohs-Parteilichkeit die Bildung der großen Koalition verhindert, bleibt wohl nichts anderes übrig, wie das wachsende deutsche Volk an die Urne zu rufen. Von dieser Lösung halte ich nicht viel, weil wir politisch noch zu wenig geklärt sind. In den meisten anderen Ländern würde sich ein solcher Wahlkampf sehr einfach abspielen, in dem man einen Vlak für und einen Vlak gegen Locarno bildet, von denen der siegreiche dann die Regierung bilden müßte. Bei uns aber käme es zu einem Kampfe zwischen dreizehn Parteien, deren jede mehr an Lohs, Stenerr, Gehalts- oder Vorkämpferinnen usw. als an Locarno denken würde. Dadurch ergäbe sich bei Neuwahlen eine Verfallung der Situation.

Denkbar wäre schließlich noch immer eine Lösung der Frage durch Umstürzen der Deutschnationalen, deren Widerstand ich allerdings begreife, weil der Geist von Locarno mit dem Geiste der Reaktion unvereinbar ist. Zwar haben sich die Gemüter auf beiden Seiten schon stark erhitzt, aber andererseits ist der wirtschaftliche Druck sehr groß und mögen die sogenannten Rückwirkungen manchen Zweifel für Locarno gewinnen. Bezeichnend nach dieser Richtung ist der Austrag angelegener Männer deutschnationaler Gesinnung.

Man wende nicht gegen uns ein, daß wir für Locarno begeistern und deswegen Unbilligkeiten seien. Der Vertrag mit allen feierlichen Paraphrasen ist überhaupt nicht geeignet, Begeisterung zu erwecken. Hier handelt es sich nur um Sein oder Nichtsein. Ein Baum kann Selbstmordgedanken hegen, aber ein Volk muß leben. Es wäre unsinnig, wenn wir in unserer heutigen Lage eine Politik zu führen erwarteten, die Begeisterung auslöst. Begeisterung ist eine Emanation des Gemütes, Politik eine solche des Verstandes. Wie oft hat uns Bismarck dies gedregelt! Wir erwarten von Locarno weiter nichts als die Schaffung einer Atmosphäre, in der Deutschland, geacht

tet im Rate der Völker, an seinem eigenen Aufbau und dem Europas arbeiten kann. Erst, wenn auf diesem Wege Erfolg erzielt worden sind, können wir daran denken, wieder eine eigentliche auswärtige Politik zu führen. Trotzdem wollen wir uns aber nicht die Begeisterung rauben lassen, die Begeisterung für Vergangenheit und Zukunft unseres heißgeliebten deutschen Volkes, das bereit ist doch wieder als großdeutsche Republik innerhalb der Vereinigten Staaten von Europa eine neue Mitte erreichen wird.

Die Annahme von Locarno durch das englische Unterhaus

mit 375 gegen 13 Stimmen, also mit einer fast unerschrockenen Mehrheit, von der sich nur die Linksradikalen aus der Arbeiterpartei ausgeschlossen haben, beweist, daß das gesamte englische Volk hinter den in Locarno eingeleiteten Schritt der Verjüngung und der Befriedigung steht. Wohlgerichtet hinter der „eingeleiteten“ Politik. Das heißt, in England ist man sich sehr wohl der Tatsache bewußt, daß Locarno nur den Anfang einer Reihe von internationalen Aktionen bildet, und man billigt nicht nur diesen Anfang, sondern auch die Konsequenzen, die noch zu erwarten sind. Der von unseren Nationalisten so viel behölpelte Geist von Locarno ist es, der die Verhandlungen und Beschlüsse des englischen Parlaments durchdrungen hat, der sich hoffentlich auch in den anderen beteiligten Parlamenten als der herrschende erweisen wird. Für uns Deutsche ist die Sitzung des englischen Unterhauses vom 17. bis zum 20. März besonders wichtig, weil Chamberlain sich infolge von Kritiken und direkten Anfragen genötigt gesehen hat, eine Interpretation des Vertragswortes von Locarno in den bedeutsamsten Punkten zu geben, die als authentisch zu gelten hat, und neben der eine frühere Auslegung des Londoner Vorkämpfer-Antes nicht mehr in Betracht kommt. Es ist erfreulich, daß die Chamberlain, so wie er den Vertrag aufstellt, sich in Locarno einmündig befindet mit der deutschen Regierung, und daß dadurch die schwersten Bedenken, die von den Deutschnationalen gegen den Pakt erhoben worden waren, als hinlänglich getrennt werden. Es trifft also nicht zu, daß Deutschland mit der Annahme des Locarnovertrages endgültig auf deutsches Land verzichtet; es verzichtet nur auf die Wiedergewinnung durch Waffengewalt, dagegen behält es nach wie vor das Recht, eine Revision des Versailles-Friedensvertrages auf gutlichem Wege zu fordern. Auch das stimmt nicht, daß Frankreich einseitig der Bestand von England und Italien gegen einen kriegerischen Überfall von Deutschland gefordert ist; Deutschland genießt vielmehr denselben Schutz auch gegenüber Frankreich. Und endlich hat der englische Minister des Auswärtigen mit allem Nachdruck betont, daß der Locarnopakt keine Spitze gegen Ausland enthalte, und daß Deutschland in keiner Weise durch die Weltmächte in der Freiheit seiner Disposition behindert sei. Diese Ausführungen Chamberlains waren so überzeugend, daß sogar die Arbeiterpartei, die zuerst einen Zusageantrag zugunsten Auslands gestellt hatte, nach Ablehnung dieses Antrages sich auf einen geringen Bruchteil dem Vertrage schließlich zustimmte. Die überwältigende Mehrheit, die der Sicherheitspakt in England gefunden hat, möge eine günstige Vorbedeutung sein für sein Schicksal in den anderen beteiligten Staaten.

Mahnung führender Wirtschaftler.

Zum Vertrage von Locarno haben über 600 führende Männer, besonders aus der Wirtschaft, auf eine aus ihren Kreisen gegebene Anregung hin, sich auf die folgende Erklärung vereinigt:

„Ohnegleichen, und als Mittelpunkt von allen den Kaiser auf dem Thron in voller Majestät. Die Romvergier haunte und war sprachlos. Als die Feierlichkeit vorüber und sie mit der Freundin wieder allein war, brach sie in die Worte aus: „Und mit das Mein habe ich gesprochen!“ So überwältigt war sie von der Größe der kaiserlichen Majestät und ihrer eigenen Kleinheit und Bedeutungslosigkeit ihr gegenüber. So empfand ein Mensch vor einem Menschen. Und wir Menschen, wie empfinden wir vor Gott, von dem es heißt: „Der da wohnt in einem Licht, da niemand zukommen kann.““

Es widerstrebt einem gefunden Gefühl. Den Artikel, der alsdann eine Reihe der köstlichen Worte Jesu und der Apostel zur Aufklärung der Majestät Gottes heranzog, weiter zu zitieren. Die bibelweise Vergleichen des Kaisers in seinem Punkt mit der Majestät Gottes ist für religiöses Empfinden nichts anderes als Blasphemie. Man hat mit von rechtsgläubiger Seite gesagt, eine solche Sprache sei höchstens für Kinder zulässig. Aber die Betrachtung ist nicht nur für Erwachsene bestimmt, sondern sie ist auch lächerlich für jedes Alter. Und eine Kindesleere recht wird auf ganz solche religiöse Bahnen geführt, wenn ihr die Heiligkeit Gottes durch solche Bilder nähergebracht werden soll.

Wie kommt es nun, daß der Verfasser — fader ein Geistlicher — sein Bild aus der Entfaltung höchsten Prunktes herinnert? Im Alten Testament finden sich die Gleichungen aus den Bezirken irdischen Königums und göttlicher Herrschaft, aber wieviel unniiger und klaffender sind sie als die des Byzantinismus des „Aufwärts!“ Dem Anschauungsreife und der Darstellung des Neuen Testaments sind solche Vergleiche nicht nur fremd, sondern geradezu zuwider. Mein, diese Art, von Gott zu reden und ihn zu vergleichen, entpringt jener politisch-heiligen Frömmigkeit, die unter Kaiser Wilhelm den Zweiten ihren Höhepunkt erreicht hat. Man wird durch sie an das Buch des Greten Jodis-Beitragler, dem zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“ erinnert, das Belege genug für den Byzantinismus der Hofprediger und anderer kirchlicher Kreise gegenüber dem Kaiser bringt. Man kann dort auch nachlesen, welches Unheil solche göttliche Art für Kaiser und Kirche gebracht hat, wie sie ihm in seinem unheilvollen Selbstwahn bekräftigte und ihn vergessen ließ, auf die ewi-

„Die Unterzeichnenden, die in verschiedenen parteipolitischen Lagern und zum großen Teile außerhalb jeder parteipolitischen Tätigkeit stehen, hatten es für ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke, zu erklären, daß sie die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno als notwendig erachteten. Gewiß stehen dem erste Hemmnisse in der Auffassung vieler guter Deutschen entgegen, aber diese Hemmnisse müssen überwunden werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und in der Welt verlangen zu ihrem Wiederaufbau eine ruhige und stetige Entwicklung. Wir sehen, wenn die Vereinbarungen von Locarno abgelehnt werden, keinen gesicherten Weg, um eine solche Entwicklung anzubahnen. Wir vertrauen, daß eine geschlossene nationale Einheit unter harter Führung auf dem Wege weiterer Vereinbarungen unseren Aufstieg sichern wird.“

Epilog zum Dolchstoßprozeß.

Von Professor Dr. L. Bergsträßer, M. D. R.

Politische Prozesse sind meist eine leidige Sache; die juristische Fragestellung ist dem politischen Proseß sehr oft nicht kongruent. In München, S. B. handelt es sich rechtlich darum, ob der Professor Cohnmann, der Herausgeber der „Deutschen Monatshefte“, eine Fälschung begangen habe oder nicht. Der Angeklagte muß den Wahrheitsbeweis erbringen, d. h. in diesem Falle nachweisen, daß Cohnmann bewußt verdreht, entstellt, gefälscht habe. Das ist nur sehr schwer möglich, während es für jeden Kerl des Gegenstandes, der die beiden Dolchstoßhefte liest, offensichtlich ist, daß der Herausgeber einseitig ausgewählt, offenkundig zusammengestellt, dadurch verzerrt und ein falsches Bild gegeben hat. Der Laie wird sagen, das sei dasselbe; der Jurist muß anderer Meinung sein.

Auf das Urteil also kann es bei der politischen Beurteilung dieses Prozesses nicht ankommen. Auch wenn der Redakteur der „Münchener Post“ verurteilt wird, ist über den Dolchstoß selbst damit nicht gesagt. Also muß hat sich für ihn aus den Verhandlungen selbst ergeben, auch wenn man nur die letzten Zeitungsberichte zu Grunde legt, wobei man kluglich jeweils die Presse der Rechtspartei und die der Linken nebeneinander benutzen wird.

Dabei ist es notwendig, vorab festzustellen, daß es bei der Aufklärung der Dolchstoßfrage mit der Beweislast umgekehrt steht wie im Münchener Prozeß. Die Verzeiger der Dolchstoßanfechtung müssen den Beweis erbringen, daß die von ihnen behauptete Agitation die angenommene Wirkung gehabt habe. Denn die Gegner können mit Zug und Meißel behaupten, daß die deutsche Niederlage sich zwanglos ohne Dolchstoß erklären läßt. Sie brauchen nur darauf hinzuweisen, daß die Verantwortlichkeit nach dem Urteil aller Schouderhaken infolge Fehlens der militärischen Leistung verloren ging. Sie war, wie wiederum jedermann zugibt, für den Verlauf des Krieges bestimmend.

Ganz abgesehen davon genügen auch noch andere unmittelbare Gründe. Es ist festgelegt, daß der Heereserfolg um die Mitte des Jahres 1918 nur noch sehr schwer zu beschaffen war. Es ist festgelegt, daß der Gegner an Material, Kanonen, Munition, Tonts uns unendlich überlegen war, von der Masse der frischen Kämpfer ganz abgesehen. Es ist festgelegt, daß der Gegner ganz anders verpflegt und gekleidet war als unsere Truppen, festgelegt durch tausendfachen Zeugnis, aus weiter abragender Tendenzschwärze wie Herr Jochim es nicht wahr haben wollen und in unglücklich gemeiner Weise den deutschen Soldaten anlagern, er ist nicht bedürftiger gewesen.

Es ist für jeden Kenner der Verhältnisse sehr erklärlich, daß im Jahre 1918, oder sogar vier Wochen vor Ende 1917 an, viele Klagebriefe aus der Heimat an den Front-

Zeitschrift Kaiserliche und göttliche Majestät.

Auf der Stockholmer Kirchenkonferenz, die hauptsächlich von der evangelischen Christenheit befehligt worden war, sind wesentliche Fragen des praktischen Christentums erörtert worden, genau so, wie das als dem Katholikentag in Stuttgart der Fall war. Es zeigt sich, daß die alte Verlogenheit mit dem Staat, dem Monarchen, einzelnen Schichten des Volkes zurücktritt, und daß die neuen, demokratischen, volksmännlichen Aufgaben aus für die Kirchen aus der Tagesordnung stehen. Hieraus mag der demokratische Reichstagsabgeordnete Herr Dr. K. o. e. l. l. in der „Silbe“ aufmerksamer, er betont aber zugleich, daß diese Kreise der Kirche der Stockholmer Arbeit zum mindesten skeptisch gegenüberstehen, und daß es insbesondere zweifelhaft ist, ob die evangelische Geistlichkeit fähig und geneigt sein wird, den Weg der vorurteillosen Durchdringung der Volks- und Weltaufgaben mit Glaube und Liebe zu gehen. Zum Beweise dessen bringt er ein Beispiel, das in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient, ebenso wie die Bemerkungen, die korrell daran knüpfen. Er schreibt:

„An Nr. 178 des „Aufwärts!“ — einer in Pfarrekreisen weiterverbreiteten christlich-sozialen und deutschnationalen Tageszeitung — findet sich unter der Ueberschrift „Majestät“ folgende Betrachtung als Zeitschrift: „Kaiser Wilhelm der Zweite, der es auf keinen Nordlandreisen liebt, zwanglos und schlichtmenschlich mit normannischen Familien zu verkehren, war auch im Sommer öfter im Hause eines Gutsherrn. Am Schluß forderte er die Tochter des Hauses, die in Berlin in Pension gewesen war, auf, es ihm mitzuteilen, wenn sie, wie sie vorhatte, im kommenden Winter bei den Freunden in Berlin zu Besuch sein würde. Und das tat sie — darauf bestanden sie auf Befehl des Kaisers vom Hofmarschallamt zwei Karten zugewiesen für die Galerie des Weißen Saales im Schloß zum bevorstehenden Krönungsfest. Dort sah sie zum mit ihrer Freundin die Entfaltung einer Pracht

gen Grundzüge der Weisheit und Wahrung vor fremder Persönlichkeit bedacht zu sein. Die Predigt und die Frömmigkeit jener Zeit spiegelt sich in der Überwältigung göttlichen Wesens durch den „Aufwärts“ wieder. Denn die Predigt jener Zeit war bloß Predigt und Anklage gegen den Materialismus der unteren Stände und allenfalls noch des städtischen Publikums. Aber den Materialismus, den das Anstreben des Kaisers und die Methoden seiner und der Politik des Staates bedeuteten — diesen Materialismus übernahm man aber glorifiziert ihn mit entweihten, heiligen Worten.

Es handelt sich hier nicht um politische Stellungnahme zum Kaiser, sondern um religiös-sittliche Kritik an kirchlichen Krantheitserscheinungen. Man blättere einmal in den Schriften der Propheten Jeraias und Jeremias, um zu erkennen, wie wahre Religiosität sich dem Größenwahn von Königen entgegenstellt. Und um die ganze Aburdität solcher kirchlichen Sprache zu erkennen, vergegenwärtige man sich, daß der Kaiser nun längst aller „Majestät“ entkleidet ist, daß seine Fehler offen zu Tage liegen, und daß es sich zwar gewiß nicht gebührt, daß man aus Frömmigkeit heraus ihm Steine nachwirft, aber doch viel weniger, daß man ihn heute verhöhnt. Wer heute fromm vom Kaiser reden will, kann es nur im Bewusstsein gemeinsamer Schuld, in der Anklage gegen seine gesellschaftliche und weltliche Umgebung und gegen uns alle, daß wir seinen wölklichen Worten und seiner Fälschung kirchlichen Wesens damals nicht entgegengetreten sind. Auf Kreise, die sich zur Kirche rechnen und die Art unseres Volkes, welche in jenen Zeiten der großen Worte und Geschehen begannen hat, miterleben, unter es unglücklich abtrotzend, wenn die Wortführung unserer Kirchtätigkeit immer noch die alten Weisen pflegen und die Majestät Gottes in unserer Zeit weder erkennen noch sie dem nach Erhebung über den Augenblick dürftenden Volke zurufen lassen wissen. Denn die Majestät Gottes in unseren Tagen glauben wir zu erkennen in dem Gericht, das er über die Völker ergehen läßt, um ihrer Ungerechtheit und ihrer Entwürdigung des Niedrigen der anderen willen; in dem Kreuze, das er der Gegenwart auferlegt hat, um sie zurückzuführen zur Bestimmung auf den wahren Wert des Lebens und auf die unverkürzten Gedanken vom Reiche Gottes und der Brüderlichkeit, auf den Sieg des Friedens und des Guten.“

Die Großgüter auf dem Rückmarsch — der Bauer auf dem Vormarsch.

Von Landtagsabg. Meind e.

Die schwierige Lage der Landwirtschaft, die Folge der allgemeinen Geldknappheit und mangelnden Kaufkraft der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, wirkt sich naturgemäß besonders nachteilig bei den Großgütern aus, für die heute die frühere Begünstigung im Steuer-, Verkehrs- und Viehen sich nicht mehr aufrechterhalten läßt, und denen ganz wider eigenes Erwarten die Getreidezölle und die Einfuhrzölle wenigstens zurzeit keinen Vorteil gebracht haben. Wirtschaftsjäger zeigen sich die Klein- und Mittelbetriebe, die von dem Getreideertrag nicht in gleichem Maße abhängig sind und sich damit ihrem größtenteils durch einen geringeren Menge von Künstdünger behelfen können.

Auf der einen Seite sehen wir bei den Großgütern die Notwendigkeit, zum erzielenden Betrieb überzugeben und den intensiven Betrieb nur auf verbleibenden Flächen auszuüben zu müssen. Auf der anderen Seite sehen wir bei den großen jäh landwirtschaftlichen Schnitter usw. die Gefahr der Arbeitslosigkeit. Auf der einen Seite beobachten wir das Fallen der Güterpreise, auf der anderen Seite

teresse; das ist oder sollte die gegebene Grundlage für wahre demokratische Gewinnung, für die Anbahnung verbindlicher gesellschaftlicher Formen der verschiedenen sozialen Schichtungen über die sonstigen Interessensverchiedenheiten sein. Gelingt dem Reichsbanner diese Aufgabe, macht es sich diese Aufgabe zu seiner eigenen, dann ist für die Demokratisierung der Gewinnung und weit darüber hinaus unendlich viel gewonnen, dann wird sie unüberwindlich.

Das Reichsbanner sollte auch der Träger republikanischer Verfassung sein, denn diese Verfassung läßt sich nicht auf Material der aufstrebenden Bevölkerung bauen. Diese Aufgaben werden die Willkür des Reichsbanners mit frischer, talentvoller Begeisterung und lebendiger Hingabe durchführen, weil sie Pfeiler zur Stärkung des republikanischen Gedankens sind.

Aus Parlamenten und Parteien

Reichsgesetz zur Abfindung der Fürstentümer.

Im preussischen Landtag haben die Demokraten einen Antrag eingebracht, in dem die Staatsregierung ersucht wird, die Reichsregierung zu veranlassen, unverzüglich ein Reichsgesetz einzubringen, nach dem die Abfindung der ehemaligen Fürstentümer durch Landesgesetze zu regeln ist, mit der Maßgabe, daß der in Reichsmark festzusetzende Abfindungswert nicht in höherem Prozentsatz zu erlassen ist, als den Verleihen von Staatsanleihen nach dem Anleiheabzugssteuergesetz genährt wird.

Von der deutschnationalen Aufwertungs-Demagogie.

Wenn zwei sich streiten, erzählt der Dritte die Wahrheit. Nun ist ja die Wahrheit über den deutschnationalen Aufwertungswindel längst bekannt, es ist aber immerhin wertvoll, schwarz auf weiß bestätigt zu sehen, daß sich die Herren von der Rechten ihres Betrages an den Sparten wohl bewußt waren, und daß unter den deutschnationalen Wählern die Enttäuschung über das treulose Verhalten ihrer Reichstagsfraktion sehr groß war. Hand da vor einigen Tagen vor dem Amtsgericht in Klauen i. B. ein Verleumdungsprozeß zwischen einem früheren und einem jetzigen Mitglied der deutschnationalen Volkspartei statt, der dadurch entstanden war, daß sich die beiden Herren wegen der Aufwertungsfrage in die Haare gerieten waren. Bei dieser Gelegenheit kam aus der Gerichtsverhandlung das nachstehende, vom 3. Juni 1925 datierte, Schreiben des deutschnationalen Volkserntens Reichstagsfraktion vor: Die Angelegenheit B. H. hat unter Vorwand in seiner Sitzung vom 29. Mai 1925 eingehend behandelt. Die Partei hat Beschlossen, Ihnen folgendes mitzuteilen: Die Partei hat Vest feinerzeit aufgelöst in Kenntnis seiner Stellung zur Aufwertungsfrage; mit dieser Auffstellung Vest's sind hier und überall in Deutschland die Parteikandidaten und sonstigen Parteimitglieder hinfällig gegangen, ganz allgemein haben wir also den Anschein erweckt, daß wir in der Aufwertungsfrage den Anschauungen Vest's nachstünden und Vest mindestens einen starken Einfluß auf die Stellung der Partei in der Aufwertungsfrage einräumen würden. Außerdem ist Vest in der letzten Sitzung der Parteivertretung als Rechner über die Aufwertungsfrage herausgestellt worden. Daraus, daß die Fraktion Vest aus dem Aufwertungsprozeß zurückgezogen und ihn besonders auch verhindert hat, in der Volksermittlung des Reichstages seinen Standpunkt zu vertreten, haben wir eine überaus betrübliche Stimmung in weiten Kreisen des Volkes gegen uns hervorgerufen. Wenn es den Fraktionszwang nicht einmal bei den so überaus wichtigen Daseinsfragen gab, so darf es einen solchen Zwang umso weniger in der Aufwertungsfrage geben. Wir vermögen das Verhalten der Fraktion im Falle Vest nicht gutzuheißen und müssen der Fraktion wie der Partei sehr den Vorwurf der Untreue, des Nichthaltens von Versprechungen, ja, der höchsten Wahldemagogie machen lassen. Wir haben uns eine große Anzahl wertvoller Anhänger und Wähler durch das Verhalten der Reichstagsfraktion vor den Kopf geschlagen; wir müßen unsere Warnung, wie im Falle des Scheiters, auch in diesem Falle wiederholen. Weiteres müssen wir uns vorbehalten." Dieses Schreiben richtet sich sehr selbst. Wie viele ähnliche Briefe mag die deutschnationalen Reichstagsfraktion damals erhalten haben?

sehen wir, daß die landbedürftigen Kleinlandwirte mit doppelter Schmach nach einer Vergrößerung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe streben. Das gilt auch besonders für solche Kleinlandwirte, die infolge der geringen Arbeitsstätigkeit in der Industrie auf den lohnenden Verdienst in industrieller Arbeit verzichten müssen.

Es liegt also sowohl im Interesse der Großgüter, die sich nach den überzeugenden Darstellungen des Grafen Kaan und des Herrn v. Döberin in der Deutschen Tageszeitung Nr. 518 und 523 zur extensiven Wirtschaft umstellen müssen, als auch im Interesse der landbedürftigen Kleinlandwirte, daß die Möglichkeit geschaffen wird, die Anliegerfelder wieder aufleben zu lassen. Es ist darum für Stadt und Land aus volkswirtschaftlichen Gründen sehr wertvoll, wenn nach dem Antrage der preussischen demokratischen Landtagsfraktion zur Förderung der Ziedlung und auch der Anliegerfelder die vollkommen erschöpften Fonds mit fünf Millionen Mark wieder aufgeführt werden mit der Maßgabe, daß davon eine Million Mark zur Förderung der Anliegerfelder zu verwenden ist.

Beamtenfragen

Verschuldungskrisis.

Als der Reichsminister der Finanzen, Herr v. Schiebel, am 1. Oktober mit aller Entschiedenheit eine Angliederung der Beamtenbezüge an die letzten Dezember v. Js. sogleich amtlich festgestellte Teuerung mit dem Hinweis auf die zu erwartenden Preisermäßigungen ablehnte, bemächtigte sich der Beamten der mittleren und unteren Besoldungsgruppen ein Gefühl verweselter Bitterkeit.

Man würde, daß die Preisabnackung daselbst daselbe erleben würde, wie alle dazwischen vorausgegangenen Beside. Der Reichsminister Dr. Luther dabei selbst im Juli gesagt, daß er seine Macht habe, um sich gegenüber den Kartellen und Treits durchsetzen zu können. Die Tatsachen haben den Beweis hierfür erbracht. Die Not aber, die die Beamten seit Jahren mit dem Annehmlichen erträgt, wird von Tag zu Tag größer und verlangt gebieterisch sofortige finanzielle Hilfe, da alle anderen Mittel erschöpft sind. Seit der Stabilisierung ist die Beamtenhaft weit unter ihren Friedensentgeltern besetzt. Ein verheirateter Beamter der Gruppe 2 erhielt nach vier Diensthahren, denen meist 3 B. bei der Not und Eichenbach) eine jahrelange Arbeiter- und Hilfsbeamtenarbeit vorausgegangen war, bei der Umwandlung der Inflationsgehälter in Goldgehälter monatlich, ohne die Abzüge abgerechnet, ein Bruttointommen von 87 Goldmark. Darin man sich leicht wundern, wenn die Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen schon damals, also vor zwei Jahren, Schulden machen mußten, nur um notdürftig leben zu können? Kommen in den unteren Familien nun noch Krankheitser oder Sterbefälle hinzu, dann wurden die Schulden noch größer. In den Monaten (Dezember 1923 bis April 1924) mußten aber geradezu Renteleistungen bezahlt werden, Jinsen, an denen zum Teil heute noch abgezahlt wird.

Zu gleicher Zeit wurde die Arbeitzeit erheblich über die der Friedenszeit heraufgesetzt und somit jede Möglichkeit zur Arbeit im Strebegarten oder im Haus genommen, und so ist es gekommen, daß die Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen so stark in Schulden geraten sind, daß man geradezu von einer Verschuldungskrisis sprechen kann.

Aus einem Beispiel, das sich aus den amtlichen Gesundheitsberichten herausgreifen läßt und das aus Tausenden von gleichen herausgreifen wurde, ergibt sich ein Bild, nach dem ein ernstes Beamtenleiden.

Ein Volkshoffner (Berlins) mit Frau und drei Kindern erhielt nach Besoldungsgruppe 3 ein Bruttointommen von 212 Mark. Davon gehen an Abgaben ab: Abfertigung 450 Mark, Krankentage 380 Mark, Darlehen bei der Volkstafe 41 Mark (Zehntbetrag), Deutsche Beamtenhaft 30 Mark (Zehntbetrag), Steuer 550 Mark, also insgesamt 44,80 Mark. Ihn bleiben also für den Monat 127,20 Mk. Da das Existenzminimum in Berlin für eine Familie mit zwei Kindern 168,80 Mark beträgt, so bleibt diese Beamtenfamilie weit unter dem Existenzminimum. Gezungen von entsehrlicher Not hat der Beamte im Vorjahr aber zwei Anzüge und das einzige bessere Kleid seiner Frau erpfändet. Die Frist lief noch im Monat Oktober ab. Er mußte also, wenn er seinen letzten Kleiderbestand vor dem Verfall retten wollte, die Pfänder einlösen. Ihn blieben dann für diesen Monat noch 52,20 Mark, also 13 Mark pro Woche bei fünf Köpfen; neue Schulden, eine fast unlosbare Verschuldungskrise treibt die Familie in die Verzweiflung.

Diese Zustände sind den amtlichen Stellen nicht unbekannt, denn bei ihnen liegen stoffweise Gesche, in denen die verzweifelten Beamtenfamilien Unterstützung erbitten, vor.

Wenn man von einem Dolchstoß in bezug auf den republikanischen Staat sprechen will, so kann man das hier tun, denn durch eine solche elende Besoldungspolitik der rechtsstehenden Regierung mit ihren Helfern wird und muß die Beamtenhaft forumpiert und das Staatswesen dadurch discreditiert werden.

Im Interesse eines geordneten Staatswesens, im Interesse der Beamtenfamilien und auch der Produktion muß von Reichstag, der ja bald zusammentritt, ausreichende Hilfe gefordert werden. Die Forderungen können erfüllt werden, wenn man aus den Steuerüberschüssen des Reiches nur einen Bruchteil zur Linderung der Beamtennot verwendet. Ein weiteres größeres führt zur Katastrophe.

Verantwortlich für die Erschließung: Frodo Marie Grünig in Dohna; für den Abdruck und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle.

Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Pößnitz.

nen; ersichtlich auch, daß die Stimmung der an die Front rückenden Arbeiter gedrückt war; denn damals ist die schwere Lebensmittelnot ein. Von ihr wurden erdings die Familien nicht berührt, deren Angehörige der Etappe oder bei Stäben in gut beschulter Stellung militärischen Dienst taten; denn die konnten nach wie vor leben. Ob Herr Joachim das nicht tat? Andere aber es getan, und ich verweise es keinem, man soll nur nicht nachher fallische Folgerungen ziehen.

Was es bedarf seiner Dolchstoßlegende, um den deutchen Zusammenbruch zu erklären. Und es ist eine Legende, denn niemand hat bisher den Beweis erbringen können, daß die Agitation, die übrigens erst von 1917 an zu ersehen worden ist, wirklich gerichtet hat. Man muß dann nicht abgrenzen und die Wirkung der feindlichen Propaganda, die man ja der Heimat nicht antreiben kann, aufgreifen. Auch die Wirkung der Kammerbriefe der Heimat, denn wer behauptet, die seien organisiert seien, dem ist allerdings nicht zu helfen. Und man muß wissen, was sonst an erklärlicher Erörterung sich aufsteht. In dem einen Dolchstoß steht nicht nur die höhere General von Meininghoff, während des Krieges Herr Meininghoff nicht zu wissen, daß er mit seinen Maßnahmen namonlose Verhöhnung schuf — schon zu Anfang des Krieges. Ich erinnere mich noch, daß es Soldaten in Gefängnis verboten war, bei der Durchreise den Bahnhof zu verlassen, und daß infolge verfehlter Anordnungen schon 1915 die Nacht Hunderte von Soldaten auf dem Bahnhof herumgelassen bis zum Morgen, während die Offiziere ins nächste Hotel gingen, und der General sich im warmen Bett von den ungewohnten Anstrengungen des „Regiments“ erholt. Ich habe nicht gehört, daß er für diese an derreidenden Soldaten viel Unterstulz gezeigt hätte.

Dies nur als Beispiele! Beispiel und zugleich dafür, was das deutsche Volk heute noch sich gebüdt von Ketten taten läßt, die man ihrer Unfähigkeit und ihrer bis ins tiefste inwendige Genügnung und Befähigung wegen in anderen Ländern gewiss längst an den Pranger gestellt hätte, wenn sie nicht, wie dieser General in seinem Schreiben über diese noch rühmen, Geleise und Verordnungen der Ketteung bewahrt überleben zu haben. Diei ganz genauen Dolchstoßlegende erweisen durch den Dab, der nicht so viel, gerade nach dem Münchener Prozeß, und dem Auftreten, das sich gewisse Kreise dabei glauben herausrechnen zu dürfen, die Aufgabe des Untersuchungsamtes sei, den Dingen sachlich und unbügglich zu Folge zu gehen und der Mätter den Kopf zu zerbrechen.

Die Aufgabe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

von

W. Hahn, Lichtefeld.

Das Reichsbanner ist zu einer Bewegung geworden, ohne die man sich die Republik gar nicht recht vorstellen kann. Es ist gewiss kein besonderes Ruhmesblatt für die deutsche Republik, daß die Gründung einer solchen Schutz- und Befehmsorganisation überhaupt notwendig war. Die Aufgabe selbst ist glänzend gelungen. Wer in der Bewegung mitarbeitet und auf der vor einigen Wochen stattgefundenen Reichsausstellung den lebendigen Redenswortsbericht des Präsidenten Höring hören durfte, hat was sichere Gewähr, daß das Reichsbanner eine beispiellose Weg des Aufschwungs hinter sich hat, daß die Gründung einem inneren Hergangsbedürfnis von Millionen entsprossen hat. Gegen eine Welt von Feinden und Feindesgenossen Schlammfluten und Verleumdungen und Vergiftungen hat es sich kraftvoll durchgesetzt und weit über 2 Millionen begeisterungsfähige, opferbereite Männer aus drei in vielen Beziehungen heterogenen Parteien fest und in einem einheitslichen Willen geklärt zusammengeschießt. Die Führung des Reichsbanners ist eine politische Kunst, die Höring und wählend, das ist nicht zuviel gesagt, denn Schwierigkeiten wird sie stets zu überwinden haben.

Für die große Linie, die das Reichsbanner als einheitsstiftender und einheitsstiftender Träger des republikanischen Gedankens einzuhalten hat, war das Referat von Höring und die Ansprache richtungsgemein. Die drei Millionenorganisation hat den ersten Teil ihrer Arbeit geleistet durch einen propagandistischen, effluenten, begreifbaren, die Massen des Volkes zur Republik befördernden Siegeszug, der wie ewiges Feuer in den aufnahmefreudigen Herzen weiterglüht wird. Diese Arbeit wird gewiss fortgesetzt, aber sie wird in die einer planmäßigen, aus innerer Zieligkeit hervorgehenden Propaganda überführt werden. Es ist richtig, wenn Höring sagte, daß die sich jagenden Bannerweihen die Kameraden ausspannen.

Vor dem Reichsbanner liegt die Aufgabe, die darin zusammengefaßt sind Mitglieder mit einem, wahren republikanischen Geist, mit demokratischer Gewinnung zu erschaffen. Diese Aufgabe ist noch schwieriger als die erste, weil sie das Innere der Menschen zu formen hat. Und dazu gehört eine andere, sehr eng an die erste schließende, nicht minder wichtige Aufgabe: das ist die geistlichstatische Erziehung zum demokratischen Menschen, die Ueberwindung und Ueberwindung der gesellschaftlichen Formgesetze, die heute noch den einfachen, naturgewachsenen, aber innerlich demokratisch erfüllten und handelnden Menschen von den übrigen sozialen Schichtungen (selbst, oft abseht und innerlich nicht mehr an werden läßt. Die ausgezeichnete Mischung des im Reichsbanner vereinigten sozialen Schichten, wie sie in dieser Fülle und Eingetragtheit der Gewinnung und des Gemeinheitsgedankens in keiner anderen Organisation zu finden ist, sollte das Reichsbanner in dieser Aufgabenerfüllung geradezu prädestinieren und auch begünstigen. Den einfachen Arbeiter, den Beamten, den Angehörigen bis zum Reichsminister emt in dieser Bewegung nur der rein politische Zweck, die einheitliche politische Gewinnung frei von jedem wirtschaftlichen oder sozialen In-

Wählt für den Provinziallandtag Liste 3

Landrat v. Krause = Amtsleiter Renker = Dr. Kühnlein

die Kandidaten der demokratischen Mitte.

Zur Rechten sieht man wie zur Linken
Versprechungen in Fülle winken.
Wer unbeirrt und mit Bedacht
Die Mitte wählt, hat's recht gemacht.

An unsere Freunde in Stadt und Land!

Wer

von unseren Anhängern und Gefinnungsfreunden bisher noch keinen Beitrag zum Wahlfonds geleistet hat, den bitten wir dringend, dies jetzt zu tun und seine

Einzahlung

entweder an Bankhaus L. Schönlicht, Halle a. d. S., Poststraße (Postfachkonto Leipzig 9923) oder an die Geschäftsstelle, Leipzigerstraße 21, zu richten.

Auch die kleinste Spende ist willkommen. Es kann jeder einzelne seinen Beitrag nach seinen Kräften einrichten. Wir hoffen aber, daß niemand zurückbleibt.

Deutsche Demokratische Partei.

Für die Kreistagswahl im Mansfelder Seekreis

ist von der Demokratischen Partei, dem Zentrum und von demokratischen Wirtschaftserbänden eine gemeinsame Liste mit dem Kennwort „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ aufgestellt worden. Ein für diese Liste veröffentlichtes Flugblatt hat nachstehenden Wortlaut:

Kreistagswähler des Mansfelder Seekreises!

Was will die Arbeitsgemeinschaft der Mitte? Sie will:

1. Die Belange der Schaffenden vertreten und fördern;
2. Die vaterlandsliebenden Männer und Frauen sammeln, welche für die Verfassung und die bestehende Staatsform eintreten;
3. daß ihre Vertreter ihre ganze Kraft für das Allgemeinwohl einsehen. Das schließt nicht aus, daß die Belange der einzelnen Wirtschaftsklassen und Berufsgruppen eine gerechte Würdigung und Förderung zu erfahren haben.

Bei der Arbeit für das Wohl der Kreiseingesessenen erkennen wir folgende Punkte als wichtigste an:

- a) Förderung einer gesunden Bodenpolitik und eines planmäßigen Wohnungs- und Siedlungswesens;
- b) Unterstützung aller Bestrebungen, die darauf hinführen, neue Industrien im Kreise im Rahmen eines großzügig aufgestellten Generalsiedlungsplanes schaffend zu machen;
- c) Eintreten für den Ausbau der Verkehrswege (Eisenbahnen, sonstige nutzbringende Bahnverbindungen, Straßenbahn);
- d) Erhaltung einer gerechten Finanz- und Steuerpolitik;
- e) Gründung des Sparfassenwesens;
- f) Stützung der wirtschaftlich Schwachen mit allen verfügbaren Mitteln. (Gedacht ist in erster Linie an die Witwen und Waisen, die Anwaldden des Alters und der Arbeit, die Kriegsbeschädigten, die Hinterbliebenen der Gefallenen, die unverschuldet Arbeitslosen und die Sozial-, Klein- und Fürsorgeerrenter);
- g) Schaffung gesunder Lebensbedingungen für den Mittelstand;
- h) tatkräftige Maßnahmen zur Förderung und Hebung der Volksgesundheit (Seuchenbekämpfung, Tuberkulosefürsorge);
- i) wirksamste Förderung aller kulturellen Fragen, dabei:
 - a) Hebung des Schulwesens, soweit der Kreis zuständig ist;
 - b) Weiterbildung der Bevölkerung (Volks-Büchereien);
 - c) Unterstützung der Jugendbewegung;
 - d) Stützung der Veranstaltungen zur körperlichen Erziehung durch Turnen, Sport und Spiel.

Kreistagswähler! Nicht das viele Reden, nur Arbeit bringt uns vorwärts. Deshalb: Wählt die Liste der Arbeitsgemeinschaft der Mitte! Liste: Bürgermeister Friebe - Syssa - Boege.

Gutes tun bringt Segen!

Kürzlich hielt die Zigarrenköpfschen-Sammler-Vereinigung (gegründet 1876) ihre Monatsversammlung ab, bei welcher eingehend über die weitere Unterstützung alter, in Not geratener Leute und armer Waisenkinder verhandelt wurde. Unlässlich des im nächsten Jahre stattfindenden 50jährigen Stiftungsfestes ist eine noch größere Unterstützung als bisher vorgesehen, und ergeht deshalb wiederum die höfliche Bitte an Damen und Herren aller

Kreise, mitzuhelfen! Bekanntlich werden Zigarrenköpfschen, Flaschentapseln, Staniol, Briefmarken, Münzen usw. gesammelt, aus deren Erlös nützliche Sachen und Lebensmittel beschafft werden können. Auch reinwollene Stricklumpen und abgetragene Kleidungsstücke finden Verwendung. Außer den Annahmestellen in der Stadt, wo dieselben Platate angebracht sind, nimmt der Leiter der Vereinigung, Kaufmann Reinhold Ahmann, Gr. Ulrichstraße 49, Spenden jeder Art entgegen. Auf Wunsch werden dieselben auch durch Boten abgeholt. Für bisherige gütige Zuwendungen herzlichen Dank!

Anmeldungen zur diesjährigen Weihnachtsbescherung werden vom 20. November bis 1. Dezember bei Frau Lehmann, hier, Lessingstraße 38 I., entgegengenommen.

Ich bestelle hiermit

Ich bestelle hiermit

für meine Kreistagswahl

in der Kreiswahl

am 1. Dezember 1925

Postanfalt

Name

Ort

Ar die

Exemplar

"Politischer Wegweiser"

Mitteldeutsches Wochenblatt

für Freiheit und Vaterland

für Monat Dezember 1925

mit Hilfe von Wegweiser

von monatlich 6 Pfennig

ausgegeben 6 Pfennig

gebühren von mir eingeleistet

Postanfalt

Name

Ort

AUCH FÜR SIE

staunen über die enormen Vorteile bei unerschwinglicher Firmo-Bierei

DAMEN- u. HERREN- JÜNGLINGS-BACKFISCH- UND KINDER-KONFEKTION

TISCH-BETT- u. LEIB- WÄSCHE GARDINEN- STORES-BETTDECKEN INLETT'S

WÄSCHE-KONFEKTIONS- VERTRIEB G.M.B.H. HALLE 10. GRAUBUCHSTR. 4-5

Entgegenkommendstes Zahlungssystem!

Selbstbinder

riesige Auswahl und moderne Farben, kariert und gestreift.

Preisliste:

Mk. 1.00	1.95	1.95	2.50
2.95	3.50	3.95	4.50

Moritz Rosewitz

Halle S., Steinweg 7.

mit Moritz Rosewitz

Wasserbier

Wasserpilz

Halle-S., Kl. Berlin 2.

Der

Naumann-Kalender

für 1926

ist durch unsere Parteigeschäftsstelle in Halle zum Preise von 75 Pf. zu beziehen.

Alle Drucksachen

liefert schnell, gut und preiswert

„Allgemeine Zeitung“, Delizisch

Halleische Straße 1.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 38

Halle (S.), Sonnabend, 28. November 1925

1. Jahrgang

Ludendorff gegen Hindenburg.

Hindenburgs Reichspräsidentenschaft „eine Gefahr für den nationalen Willen“! Vor der Unterzeichnung in London.

Vor der Entscheidung.

General Ludendorff, der im Augenblick der größten Not des Vaterlandes, an der er nicht unerheblichen Anteil hatte, als Herr

Eintritt mit der blauen Brille

ins Ausland floh, und der hernach seine „nationale“ Gesinnung im Bürgerbräu-Keller in Beifolung am Fittlerplatz umkehrte, — ausgerechnet selbiger Herr Ludendorff hat sich für befugt gehalten, dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der im Augenblicke des Zusammenbruchs treu auf seinem Posten verblieb, und der sich stets den vaterländischen Notwendigkeiten untergeordnet hat, in dreifacher und beliebigender Weise — er habe Hindenburgs Ruhm erhöhet! — ein Privatstimulium über vaterländische Pflichten zu halten. Sein Herz trampelte sich zusammen, wenn er sehe, wie der Generalfeldmarschall im Begriff sei, seine Ruhm zu opfern; und er sei gepörrt, wenn sein Name unter dem Dokument der Schande und Unehre stehe.

„Lieber die Stellung preisgeben,

als Ruhm und Ehren und die eigene große Vergangenheit! Das ist deutsche Art.“ Und der teufische Held wagt, mit folgenden Sätzen zu schließen: „Sollte allerdings der Reichspräsident die Locarno-Politik für richtig ansehen, dann muß jeder deutsche Mann, der noch nicht schwarz-rot-gold verzeuht ist, über sich allein den Gott „Mammon“ verschieben hat, sein Haupt verhüllen. Dann ist die Reichspräsidentenschaft des Generalfeldmarschalls eine Gefahr für den nationalen Willen geworden!“ Ludendorff ist gewiß schon lange nicht mehr ernst zu nehmen, sondern seinem falschlüchtigen Bruder Müllern an Schwärzertum und Größenwahn gleichzustellen; und so könnte man über dieses Märkchen aus Lärm und Irrsinn; zur Tagesordnung übergehen, wäre es nicht ein Beweis dafür, daß jetzt die altbekannte Hege sich sogar gegen den „Reiter“ richten wird.

Die „Alldeutschen“ versuchen es vorläufig noch mit Putsch; sie „beschwören ihren Generalfeldmarschall, der in hundert Schwerfölasten gegen mehr als die halbe Welt Sieg um Sieg gewonnen hat, auch in der Schlacht von Locarno der deutschen, ferner bedrohten Ehre den Sieg zu verbürgen durch sein Nein!“ Sie werden vergeblich beschwären, der große Soldat bringt im Gegenteil in seiner Depesche an den Londoner Presse-Club zum Ausdruck, daß auch er den tiefen Wunsch hege, daß aus den Verhandlungen von Locarno ein

neuer Geist gegenzeitiger Achtung

und des Völkerverständnisses unter den Nationen entstehen möge.

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, wenn man aus jener an dieser Stelle geschilderten Geheimgang der vaterländischen Verbände nachträglich erfährt, daß Fraktion und Parteiverband der Deutschnationalen Volkspartei den Versuch gemacht hatten,

die Führer der Wehrverbände für die — Annahme des Locarno-Paktes zu gewinnen!

Wieder ein Beweis dafür, daß die deutschnationale Opposition ursprünglich gar nicht vorhanden war, sondern erst später, aus Angst vor den Wählern, entstanden ist! Ebenso hat der sozialdemokratische Abgeordnete Meißel am Dienstag im Reichstages erklärt, Dr. Goerling habe in einer Sitzung der Konservativen Partei die Zahl der Gegenstimmen auf wenig mehr als ein halbes Duzend geschätzt.

Reichstagspräsident Löbbe teilte bei Wiedereröffnung des Reichstages unter Heiterkeit mit, daß Herr Schiele, der bereits jene herüßte — oder besser: berücksichtigte! — entscheidende deutschnationale Fraktionsführung und den ganzen Reichsparteitag veräußert hat, ausgerechnet sich

Sonntag ist Wahltag



**Erfüllt Eure Wahlpflicht!
Wählt demokratisch!
Schafft eine starke demokratische Mitte!**

heit bestehen. Wenn es den Deutschnationalen wirklich ernst um die Ablehnung wäre, müßten sie sich auch in dieser Richtung anstrengen. Meistens jedoch reicht bei ihnen der Mut nur zu demagogischen Blendwerk für die Wähler aus; bei wirklicher Gefahr bekommen sie Angst vor dem eigenen Courage: siehe Dames-Gesetze!

Reichstanzler Luther hat in ausgezeichneter und sachlicher Weise im Reichstages sich zu Locarno geäußert; ebenso frei von unberechtigtem Pessimismus wie von gefährlichem Optimismus. Sehr wirkungsvoll war sein

Appell an das französische Volk, „das stets von tiefem nationalen Gefühl besetzt war und befehlt ist“, in der jetzt beginnenden Entwicklung der selbstverständlichen deutschen Einstellung gegen die fortwährende Verletzung deutschen Bodens Rechnung zu tragen. Deutlich wurde, wie zuvor von Chamberlain, hier auch von Luther zum Ausdruck gebracht, daß der Vertrag keineswegs gegen Ruhland wende.

Der Reichstanzler hat in sehr lokaler Weise die Gesamteinstimmung des Kabinetts angeündigt, für unmittelbar nach der Unterzeichnung in London, die angehenden, trotz des Ablesens der Königin Mutter Alexandra, wie geplant, am 1. Dezember stattfinden wird.

Nachdem die Demokraten sich deutlich gegen die Koalition der Mitte ausgesprochen haben, ist nach den Entscheidungen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, der Weg für die große Koalition offengehalten frei geworden, wenn auch in diesen beiden Fraktionen noch manche Überstände zu überwinden sein dürften. Auch sind unsere Bebenken in bezug auf die Standshaftigkeit der Deutschen Volkspartei keineswegs geschwunden; jamaal ihr Führer Scholz kürzlich sehr offen und bestimmt erklärt hat, daß seine Partei zwar jetzt die auswärtige Politik mit der Linken machen wolle, für die innere Politik aber ein Zusammengehen mit der Linken ablehne und dafür weiter die Kooperation mit der Rechten für geboten ansehe!

Leider müssen diese Zeiten in Druck gehen, ohne daß wir die große Aussprache im Reichstages noch mit in unsere

Betrachtungen einbezogen könnten. Vorausichtlich am Freitag wird

die Abstimmung

erfolgen. Es besteht nunmehr kein Zweifel an einer überwältigenden Mehrheit für Locarno. Möchte der deutsche Reichstag sich ein Vorbild an der

Debatte im englischen Unterhause,

nehmen, in der der Vertrag von Locarno mit 375 gegen 13 Stimmen angenommen wurde, und bei der man wieder einmal erleben konnte, was politische Kultur und parlamentarische Tradition bedeuten.

F. W. D.

Nochmals Locarno.

Volkshater z. D. Graf v. Bernstorff

schreibt in einem Artikel der „Deutschen Einheit“:

Mein früherer Fraktionskollege Schiffer hat sich in einer Hamburger Rede deshin geäußert, selbst ich sei von dem Völkerbund gründlich desillusioniert, weil er hinsichtlich des Minderheitenrechtes verfehle. Gewiß habe ich in dieser Frage stets die Faltung des Völkerbundes bekämpft, und werde ich es weiter tun, solange ich noch Atem zum Sprechen sowie eine Feder zum Schreiben habe. Indessen bin ich nach wie vor der Ansicht, daß dieser Kampf nicht auschließlich ist, wenn wir ihn innerhalb des Völkerbundes führen, sowie wenn wir ferner die faktuelle Autonomie der nationalen Minderheiten als unser eigenes Programm aufstellen und dieses in Deutschland durchführen. Wir haben alles zu gewinnen und nichts zu verlieren, wenn wir innerhalb des Völkerbundes die Verwirklichung der Politik als die Parole Deutschlands ausgeben und demgemäß insbesondere für die Rechte der Minderheiten immer in der Weise, wie sie im Vertrag von Locarno, wieder in Lausanne vorkommen.

Am 25. Juli, wie die Völkerverständnis zu erheblicher Bedeutung wäre, wenn die Minderheiten Rechte unter dem Völkerbunde von einem Staat, die dem unterworfen sind, für eine Unterklasse bezeichnet, und die Verpflichtungen abzugeben scheint mir allerdings die Mantelnote enthält die Zustimmung, immer geschäftig werden können. Dem feierliche Erklärungen geben vor, die selbst für sich sein sollten. Das ist in dieser Sache ein eigenes Vertreter, während die Eigen ihrer Mitte zu sehen Zustimmung unserer Tages sind, wenn die Vertreter, die uns alle

der italienischen Politik führen würden. Die uns in dieser Beziehung gegebenen Versprechungen sind nicht wertlos, da eine Fortsetzung der Aussprache auf der nächsten Tagung der Liga in Aussicht genommen ist, und Tiroler Klagen so handgreiflich sind, daß sie nicht abgelegt werden können. Es ist schon viel gewonnen, wenn die Minderheiten ein Forum haben, vor dem sie ihre Klagen führen können. Sag leugne nicht, daß der Völkerbund in dieser Hinsicht verlagert und die Erfüllung seiner Pflichten den Völkern überlassen hat. Wenn wir aber einmal in den Völkerbund eingetreten sind und dort immer für die Gerechtigkeit kämpfen, wird auch ein unbewaffnetes Deutschland eine führende Rolle in der europäischen Politik spielen können, weil unsere zentrale Lage ebenso unsere Stärke ist, wie sie früher oft unsere Schwäche war. Europa ist von uns abhängig wie wir von Europa. Die Anerkennung dieser Tatsache nennt man heute den Geist von Locarno.

Wegen dieser wechselseitigen Abhängigkeit konnte Herr Chamberlain sagen, daß es in Locarno weder Sieger

